

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **07.06.2007** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/007

Beginn öffentlicher Teil: 19:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:52 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf
Braun, Hartmut
Degenhard, Walter
Ethner, Regina
Fleischmann, Michael
Gärtner, Bodo
Gersemann, Christiane
Gilke, Anette
Heldt, Gabriele
Hunze, Carl
Leppert, Florian
Leunig, Alexander
Leykum, Maria
Lüddecke, Dieter
Meinig, Birgit
Morich, Hans-Dieter
Obst, Wolfgang
Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rickert, Heidrun
Rohde, Paul
Rück, Stefanie
Schulz, Kurt-Ulrich
Wackerbeck, Ursula
Weber, Ulrike
Wunn, Ina Prof. Dr. Dr.
Zielonka, Holger Dr.

Verwaltung

Baurätin z.A.	Gottlieb, Julia
Bauoberamtsrat	Herbst, Rainer
Stadtoberinspektor	Nowitzke, Rainer
Stadtrat	Philipps, Lutz
Stadtamtsrat	Rode, Hans
Dipl.-Oec.	Scholz, André
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert
Stadtoberamtsrat	Voutta, Jens

Entschuldigt

Hinz, Gerald
Schrader, Karl-Ludwig

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 19.04.2007
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Kindergartenbedarfsplanung 2007
Vorlage: 2007 0117
- 5.1. Kindergartenbedarfsplanung 2007
Vorlage: 2007 0117/1
6. Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2006
Vorlage: 2007 0168
7. Straßenbenennung Zuwegung Hundetrainingsplatz
Vorlage: 2007 0171
8. Bebauungsplan Nr. 0-22 "City-Markt", Satzungsbeschluss; Bezugsvorlage 2007 0101
Vorlage: 2007 0172
9. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung)
Vorlage: 2007 0173
10. Ausbau der Gartenstraße - Antrag der CDU- und FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 23.05.2007
Vorlage: 2007 0180
11. Schulzentrum Burgdorf - Sanierung der Elektroanlagen
Vorlage: 2007 0178

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im ‚Öffentlichen Teil‘)

Fragen wurden nicht gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ratsvorsitzender Walter eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 1 im ‚Vertraulichen Teil‘ abzusetzen sei, weil die Angelegenheit durch Beschluss des Verwaltungsausschusses abschließend behandelt worden sei, eines Ratsbeschlusses bedürfe es in diesem Fall nicht mehr.

Stadtrat Philipps erklärte, dass der Tagesordnungspunkt 2 im ‚Vertraulichen Teil‘ - Schulzentrum Burgdorf - Sanierung der Elektroanlagen - als Tagesordnungspunkt 11 in den ‚Öffentlichen Teil‘ gehöre, weil der Verwaltungsausschuss über die Vergabe bereits beschlossen habe und es sich bei dem Ratsbeschluss lediglich um die Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe handele. Insoweit sei eine Beratung im ‚Vertraulichen Teil‘ nicht notwendig, zumal über die Namen der betreffenden Unternehmen bzw. Auftragssummen nicht gesprochen werde.

Mit diesen beiden Änderungen wurde die Tagesordnung vom Rat einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 19.04.2007

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 19.04.2007 wurde einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

K E I N E

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

K E I N E

5. Kindergartenbedarfsplanung 2007
Vorlage: 2007 0117

siehe 5.1

5.1. Kindergartenbedarfsplanung 2007
Vorlage: 2007 0117/1

Frau Gersemann bezeichnete den Kindergartenbedarfsplan als ein ‚Jonglieren mit Unbekannten‘. Familien bräuchten Verlässlichkeit in der Aussage, dass Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze in ausreichender Anzahl angeboten würden. In Burgdorf sei dies in der Vergangenheit von wenigen Ausnahmen abgesehen auch der Fall gewesen. Durch die positive Konjunkturentwicklung habe auch die Nachfrage nach Hortplätzen zugenommen. Die bereits erkennbare Geburtenentwicklung und der demographische Wandel erforderten ein flexibles Handeln. Die Inanspruchnahme von Räumen in Schulen sei sinnvoll und eröffne inhaltlich neue Chancen. Wegen der beiden Neubaugebiete in der Weststadt sei auch der Neubau eines Kindergartens folgerichtig. Das neue Gebäude sollte vielfältige Möglichkeiten bieten, z.B. als Ort der Begegnung für Jugendliche, aber auch für Senioren. Bei der Bauplanung müsse eine spätere anderweitige Nutzung mit berücksichtigt werden.

Eltern wünschten für ihre Kinder eine ausreichende Betreuung aber auch sinnvolle Bildungsangebote, deren Inhalte zukunftsweisend sein müssten. Neben einem flexiblen Kindergartenbedarfsplan seien auch kreative pädagogische Inhalte notwendig. Das Geld, das die Stadt Burgdorf dafür ausbebe, sei gut angelegt und werde auch in Zukunft vom Rat bereitgestellt. Der Kindergartenbedarfsplan biete beste Voraussetzungen, damit sich Familien mit Kindern in Burgdorf wohl fühlen könnten, so dass sie darum bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Morich hob hervor, dass der Kindergartenbedarfsplan widerspiegele, wie gut eine Gemeinde in der Familienpolitik sei. Wenn der vorliegende Kindergartenbedarfsplan beschlossen würde, wäre dies ein Zeichen für eine weitere Qualitätsverbesserung in der Familienpolitik. Diese sei ohnehin seit Jahrzehnten vorbildlich und alle Fraktionen des Rates hätten daran ihren Anteil.

Herr Obst machte deutlich, dass - obwohl die jeweiligen zukünftigen Belegungszahlen nicht genau vorhergesagt werden könnten - weitere Hort- und Krippenplätze bereitgestellt werden müssten. Folgerichtig sei auch der Neubau eines Kindergartens in der Weststadt, um den Bedarf in diesem wachsenden Stadtbereich abzudecken. Für das Haus sei aber eine Planung notwendig, die später auch eine anderweitige Nutzung z.B. für Jugendliche und ältere Menschen möglich mache. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen, obwohl mancherorts ein weiterer Bedarf entstehen könne, z.B. werde man in Ehlershausen trotz des Kindergartenbaus auf die Zwischenlösung im Ratsweg noch nicht verzichten können.

Herr Lüddecke verwies auf die noch andauernde Diskussion in der Gesellschaft zu diesem Themenkreis. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung würden immer mehr Frauen in den Arbeitsprozess eintreten, so dass sich schon allein deshalb ein höherer Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen ergebe. Nach Bekanntwerden der neuen Erkenntnisse habe die Verwaltung mit der Ergänzungsvorlage schnell

reagiert und eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Wenn man zu dem Ergebnis komme, dass ein Kindergartenneubau erforderlich sei, müsse auch eine Mit- bzw. Nachnutzung eingeplant werden. Es bestehe im Rat ein sehr großer Konsens hinsichtlich der frühkindlichen Erziehung. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Fleischmann erklärte, dass es nichts bringe, Kindergartenplätze vorzuhalten, wenn sich die Eltern diese nicht leisten könnten. Im Namen des Linksbündnisses forderte er den Rat auf, das kostenfreie Mittagessen für alle Kinder weiterhin als Ziel zu verfolgen.

Anschließend fasste der Rat den nachfolgenden **einstimmigen** Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf stellt in Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung von 2006 (Vorlage-Nr. 01202/00/006) und der Vorlage 0117/2007 das vorhandene Angebot an Kindergärten, Horten und Krippen und den entsprechenden Bedarf gem. dieser Vorlage (0117/1/2007) fest.

6. **Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2006**
Vorlage: 2007 0168
-

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf nimmt den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis und stellt fest, dass die gem. § 89 Abs. 1 NGO vorgeschriebene Unterrichtung des Rates erfolgt ist.

7. **Straßenbenennung Zuwegung Hundetrainingsplatz**
Vorlage: 2007 0171
-

Einstimmiger Beschluss:

Die Zuwegung des neuen Hundetrainingsplatzes im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 0-80 ‚Hundetrainingsplatz Süd‘ erhält den Namen ‚Am Hundesportplatz‘.

8. **Bebauungsplan Nr. 0-22 "City-Markt", Satzungsbeschluss;**
Bezugsvorlage 2007 0101
Vorlage: 2007 0172
-

Herr Fleischmann erklärte, dass das Linksbündnis die Vorlage kategorisch ablehne, da es sich dabei um eine krasse Fehlentscheidung handele. Es solle ein Lebensmittelmarkt an einer Stelle angesiedelt werden, an der es bereits zwei Märkte gebe. Dem gegenüber habe der Rat vor einiger Zeit den Menschen in der Weststadt die Nahversorgung genommen. Auf diesem wirtschaftlichen Filetstück hätte man mit etwas Zeit und Mühe auch eine anderweitige Nutzung finden können.

Herr Hunze erklärte, dass auch er der Vorlage nicht zustimmen könne, weil man mit der Entscheidung hinsichtlich der Einstellplätze einen Präzedenzfall schaffe. Ferner bezweifele er, dass das, was dort errichtet werde, das Filetstück für die Stadt Burgdorf in der Zukunft sein werde.

Herr Unverzagt führte aus, dass man die Bedenken von Herrn Hunze durchaus teilen könne. Er sei trotzdem froh, dass an so zentraler Stelle ein Lebensmittelmarkt entstehe, weil damit eine Aufwertung der Innenstadt verbunden sei. Festzustellen sei in der Marktstraße und den angrenzenden Straßen ein Sterben an Einzelhandelsgeschäften aus verschiedenen Gründen. Daher sei es wichtig, in der Innenstadt einen Anbieter zu haben, der Kunden anziehe. Dem müssten sich auch die Einzelhändler stellen. Daher sei dieser Standort richtig und das Ganze dürfe nicht zerredet werden.

Die Vorwürfe von Herrn Fleischmann bezüglich Nahversorger in der Weststadt weise er zurück. Rat und Verwaltung hätten alles Menschenmögliche getan. Man habe allerdings keinen Einfluss darauf, wenn sich verschiedene Anbieter gegenseitig ausschließen wollten. Er würde es begrüßen, wenn es in der Weststadt außerhalb des Bereichs ‚an der Mösch‘ einen Anbieter für eine Grundversorgung geben würde.

Herr Pilgrim erklärte, dass die Politik, nachdem man erfahren hatte, dass die Post sich von dem Grundstück zurückziehen wolle, sehr in Sorge gewesen sei, was mit der Fläche passiere. Jetzt habe man die Möglichkeit, an dieser Stelle einen Frequenzbringer anzusiedeln, der Kunden in die Innenstadt ziehe. Diese Chance müsse der Stadt schon etwas Wert sein. Auch wenn die anfänglichen Planungen nicht gerade ansehnlich waren, habe man in entsprechenden Verhandlungen mit dem Investor wesentliche Verbesserungen erreichen können, so dass man damit insgesamt eine annehmbare Gesamtlösung erreicht habe. Die Aussagen des Linksbündnisses zeugten von Unkenntnis in der Sache. Die Entscheidungen würden nicht vom Rat, sondern von den Unternehmen selbst getroffen. Lediglich die Folgen hätten Rat und Verwaltung zu tragen. Die Verwaltung habe sich redlich um eine Neuansiedlung in der Weststadt bemüht, mehr habe man nicht tun können. Insgesamt werde man der Vorlage für den neuen City-Markt zustimmen.

Herr Rohde berichtete, dass der Plus-Markt an der neuen Stelle nicht gut laufen würde. Er habe gehört, dass das Geschäft von den Menschen aus der Weststadt sogar boykottiert werde. Die Auffassung von Herrn Fleischmann sei unzutreffend. In Großstädten könne man beobachten, dass dort eine Konzentration großer Geschäfte durch die Anziehungskraft auf die Kunden geradezu gewünscht werde. So hätte Aldi mittelfristig den Standort in der Burgdorfer Innenstadt aufgeben. Tatsache sei allerdings, dass heute etwas beschlossen werde, was unangenehme Folgen haben könnte. Aufgrund der großen Bedeutung des Projekts stelle er seine Bedenken allerdings zurück.

Herr Fleischmann führte aus, dass gerade dann, wenn man drei Lebensmittelmärkte in der Innenstadt konzentriere, man neue Leerstände provozieren würde. Bei dem Postgebäude handele es sich um ein wirtschaftliches Sahnestück, wobei man mit etwas Mühe und Zeit durchaus eine anderweitige Nutzung als einen Lebensmittelmarkt hätte finden können.

Bürgermeister Baxmann wies darauf hin, dass - seitdem in der

Öffentlichkeit bekannt sei - dass sich dort ein neuer Lebensmittelmarkt ansiedele, die Zahl der Leerstände bei Geschäften in der Innenstadt zurückgegangen sei.

Herr Lüdecke erinnerte daran, dass das Vorhaben bereits im ‚alten‘ Rat beschlossen worden sei und heute lediglich zum Abschluss gebracht werde. Seine Fraktion werde dennoch zustimmen. Aufgrund der ersten Erkenntnisse aus dem in Auftrag gegebenen Einzelhandelskonzept sei erkennbar, dass eine Konzentration auf die Innenstadt richtig sei, wobei es keine Rolle spiele, wie viel Lebensmärkte dort vorhanden seien. Letztendlich sei alles eine unternehmerische Entscheidung. Im Bereich der Weststadt müsse die Nahversorgung verbessert werden. Dazu werde die Verwaltung der Politik noch weitere Vorschläge unterbreiten. Die FDP-Fraktion werde ansonsten der Vorlage zustimmen.

Herr Fleischmann beehrte noch einmal zur Sache sprechen zu wollen, was ihm vom **Ratsvorsitzenden** unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Rates (§ 9 Abs. 3) versagt wurde.

Danach fasste der Rat mit 29 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen den nachfolgenden Beschluss:

A Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen

- der in der Zeit vom 14.11.2006 bis 28.11.2006 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
 - der mit Schreiben vom 08.11.2006 bis zum 15.12.2006 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
 - der in der Zeit vom 27.02.2007 bis 27.03.2007 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und
 - der mit Schreiben vom 22.02.2007 bis zum 27.03.2007 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.
- Der Rat beschließt, die in der Begründung unter dem Gliederungspunkt 10 beschriebenen Abwägungsvorschläge.

B Satzungsbeschluss

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung den Bebauungsplan Nr. 0-22 "City-Markt" in der Fassung vom 04.05.2007.

Der Rat beschließt dem Bebauungsplan beizufügen

- die Begründung in der Fassung vom 16.05.2007
- die Zusammenfassende Erklärung, die in Kap. 11 der Begründung wiedergegeben ist.

9. **Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung)**
Vorlage: 2007 0173

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat beschließt, den Aufwand für die selbständig nutzbaren Teileinrichtungen für die Straßenentwässerung

(Oberflächenentwässerung) der Straßen ‚Am Güterbahnhof‘ und ‚Tappenstraße‘ gesondert zu ermitteln.

**10. Ausbau der Gartenstraße - Antrag der CDU- und FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 23.05.2007
Vorlage: 2007 0180**

Unter Hinweis auf den als Anlage A zum Originalprotokoll beigefügten Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion machte **Herr Lüddecke** deutlich, dass neben dem Bereich der frühkindlichen Bildung auch die Stadtentwicklung in den kommenden Jahren Priorität genießen sollte. Im Falle der Gartenstraße sei verwaltungsseitig vorgesehen, die politisch umstrittenen Buscups auszubauen. Ferner sollen an verschiedenen Stellen der Straße Gebäude neu an die Be- und Entwässerung angeschlossen werden. Hier dürfe es keine Flickschusterei geben, sondern es sei ein ganzheitlicher Ansatz für die Gartenstraße notwendig. Der Tiefbauamtsleiter habe deutlich gemacht, dass es im Bereich Kanal in der Gartenstraße erhebliche Mängel gebe. Wenn man dort etwas erneuere, könnte auch gleich der Straßenbelag mitgemacht werden.

Im Namen der beiden Fraktionen bitte er daher, dem Antrag zuzustimmen und diesen Zwecks weiterer Beratung in die Ausschüsse zu überweisen.

Frau Leykum äußerte sich verwundert, dass hier von Seiten der FDP und der CDU ein derartiger Vorstoß erfolge. Nach ihrem Kenntnisstand bestehe bezüglich Gartenstraße noch weiterer Beratungsbedarf.

Bauoberamtsrat Herbst erinnerte daran, dass das Thema bereits im Februar diskutiert worden sei und es dazu auch einen entsprechenden Beschluss des Verwaltungsausschusses, wonach die Maßnahmen zweigeteilt umgesetzt werden sollten, gebe. Die Verwaltung habe bereits Aufträge zum Bau der Buscups erteilt und sei insoweit auch daran gebunden. Ferner seien die schwersten Schäden am Kanalsystem repariert worden. Insoweit wurden die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses bereits umgesetzt. Wenn die vollständigen Sanierungsmaßnahmen bereits im Jahre 2008 durchgeführt werden sollten, würde man den Bewohnern der Marktstraße sehr hohe Belastungen in Bezug auf Lärm, Feinstaub usw. zumuten, da man die Verkehre nirgendwo anders umleiten könne. Der Beschluss des Verwaltungsausschusses gehe dahin, die Maßnahme in das Jahr 2010 zu verschieben. Wenn nach Fertigstellung der B 188 neu die Gartenstraße für mehrere Monate vollständig gesperrt werden müsse, würden die Anlieger der Marktstraße von allzu großen Belastungen verschont. Dies wäre bei einer Umsetzung der Maßnahme im Jahre 2008 nicht möglich.

Herr Hunze bezeichnete es als unüblich, dass die Verwaltung bei der Einbringung eines politischen Antrages im vornherein dazu Stellung beziehe und der Antrag hier im Vorfeld kaputtgeredet werde, anstatt die politische Beratung in den Ausschüssen abzuwarten.

Bürgermeister Baxmann erklärte, dass er den zuständigen Fachbereichsleiter in seinem Namen gebeten habe, der Verpflichtung der Verwaltung zur Information und sachlichen Richtigstellung in Bezug auf die Inhalte des Antrages nachzukommen.

Herr Pilgrim machte deutlich, dass er mit der Überweisung des Antrages

in die Fachausschüsse einverstanden sei, er allerdings inhaltlich erhebliche Bedenken habe.

Herr Obst bezeichnete die Aussagen von Herrn Herbst als seltsam. Vor einigen Monaten habe sich das noch ganz anders angehört. Damals habe man keine Bedenken gehabt, die Gartenstraße für eine komplette Straßensanierung zu sperren. Die CDU habe seines Erachtens deutlich gemacht, was man in der Gartenstraße wolle und was man ablehne. Die von der Planungsgemeinschaft Theine vorgeschlagenen Straßenvorsprünge könnte man nur im Bereich Binner und Rückriem aus Gründen der Sicherheit für die Kinder mittragen. Der Antrag basiere auf den Aussagen der Verwaltung im Fachausschuss, dass der Kanal in großer Länge defekt und Rohrbrüche nicht auszuschließen seien, was sich dann ja auch tatsächlich bewahrheitet hatte. Der Kanal sei bereits heute schon so marode, dass Grundwasserbelastungen nicht auszuschließen seien. Sonderbarerweise habe sich die Verwaltung dann nach und nach von ihren Aussagen zurückgezogen. Eine zusätzliche Verkehrsbelastung der Marktstraße wäre ohnehin auch bei einem Straßenausbau der Gartenstraße - wie von der Verwaltung angedacht war - erfolgt. Wenn man durch Baumaßnahmen Verkehre umleite, könne man durch geschickte Maßnahmen die Belastung auch in Grenzen halten. Warum die Verwaltung hier eine extreme Belastung für die Anlieger der Marktstraße vorhersage, sei nicht ganz einsehbar. Auch nach Ausbau der B 188 neu würde bei Sperrung der Gartenstraße immer noch sehr viel Verkehr über die Marktstraße fließen. Ziel des Antrags sei, dass im Haushalt 2008 Mittel für den Komplettausbau der Gartenstraße bereitgestellt werden. Klar sei aber auch, dass der Neubau des Kindergartens in der Weststadt ebenfalls Priorität besitze. Dafür sollten im Haushaltsjahr 2008 Planungskosten bereitgestellt werden, damit der Neubau 2009 umgesetzt werden könne.

Nach Beendigung der Diskussion fasste der Rat den einstimmigen Beschluss, den vorliegenden Antrag in den Verkehrsausschuss und in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu überweisen.

**11. Schulzentrum Burgdorf - Sanierung der Elektroanlagen
Vorlage: 2007 0178**

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf stimmt gem. § 40 Abs. 1 Ziff. 8 und § 89 Abs. 1 NGO der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 23000.948000.0 (Sanierung der Elektroanlagen im Schulzentrum Burgdorf) in Höhe von 67.000,00 € zu.

Einwohnerfragestunde

Nach Beendigung der Tagesordnung im ‚Öffentlichen Teil‘ eröffnete **Ratsvorsitzender Walter** erneut die Einwohnerfragestunde. Da keine Fragen gestellt wurden, schloss er diese wieder.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführer